

# Stiefvater Staat

## Anmerkungen zum Protest der Farmer/-innen

Vincent Manoharan

**Die Nachrichten über den Protest der Bäuerinnen und Bauern gegen drei neue Gesetze erreichen aufgrund ihrer Größe und mancher trauriger Umstände auch die Hauptnachrichten in Europa. Insofern haben wir den Autor gebeten, nicht nur seine Meinung kundzutun, sondern den Aspekt der Diskriminierung herauszuarbeiten.**

Die Bauernverbände in Indien protestieren bis heute gegen die Gesetze sowie die Behauptung des Ministeriums der Union für Landwirtschaft und soziale Dienstleistungen für bäuerliche Betriebe (*Ministry of Agriculture and Farmers' Welfare*), der eigentliche Zweck der kürzlich verabschiedeten drei Gesetze<sup>1</sup> diene der Sicherung des bäuerlichen Lebensstandards. Das Ministerium hatte angeführt, mittels der Gesetze die Landwirte zu retten, indem Zwischenhändler ausgeschaltet und Mindestpreise für ihre Produkte sichergestellt werden. Wäre die Rettung jedoch das Hauptziel, dann hätte man den Bauernverbänden, einschließlich uns, die Gesetzesentwürfe zukommen lassen und uns um unsere Meinung und Kommentare bitten sollen. Schon die Art und Weise, wie die Gesetzesentwürfe am 17. September 2020 sowohl im Unterhaus (*Lok Sabha*) als auch im Oberhaus (*Rajya Sabha*) durchgepeitscht und die Einwände aller Oppositionsparteien ignoriert wurden, erhärtet den Verdacht, dass kein Interesse an Einwendungen aus bäuerlichen Kreisen bestand.

### Die wichtigsten Merkmale der Gesetze

Die Regierung behauptet, diese Gesetze werden den Landwirten helfen, eine Vereinbarung mit den Händlern (Privatunternehmen) zu treffen, noch

bevor der landwirtschaftliche Anbau beginnt. Beide Parteien könnten so die Art der anzubauenden Pflanzen, deren Qualität, Güte und Standard vereinbaren. Ebenso könnten gegebenenfalls die vom Händler bereitgestellten Betriebsmittel, die Menge der zu verkaufenden Produkte und der Verkaufspreis abgesprochen werden. Außerdem werde den Landwirt(inn)en zugesichert, dass der vereinbarte Verkaufspreis von den Händlern trotz Preisschwankungen auf dem Markt eingehalten werden muss. Im Falle von Naturkatastrophen dürfen die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zur Lieferung von Erzeugnissen gezwungen werden. Die Gesetze legen darüber hinaus fest, dass zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen folgende Stoffe gehören: Speiseöle, Getreide, Weizen, Reis, Früchte, Nüsse, Gewürze, Zuckerrohr, Geflügel, Schweinezucht, Fischerei, Milchprodukte, Getreide, Hülsenfrüchte, Gemüse, Viehfutter, Rohbaumwolle, Baumwollsamensamen und anderes.

Interessant ist, dass diese Gesetze die Bestimmungen aller vormaligen Gesetze in diesem Bereich außer Kraft setzen und Zivilgerichte keine Zuständigkeit für eine strittige Konfliktlösung zwischen den Parteien haben. Alarmierend ist, dass die erwähnten Lebensmittel nicht mehr unter die Bestimmungen des Gesetzes über grundlegende Güter (*Essential Commodities Act. 1955*)

fallen. Dieses Gesetz sieht unter anderem vor, dass bei den vom Staat als essenziell klassifizierten Gütern – worunter auch Kohle oder Erdöl und Beiprodukte fallen – im Notfall die Regierung regulierend eingreifen kann. Dazu gehörten in der Vergangenheit auch Marktmanipulationen, soziale Schieflagen in Regionen und umgekehrt preisstabilisierende Maßnahmen.

Die Erfahrungen in Indien besagen, dass Nahrungsmittel oder Produkte von Meeresküsten und Wäldern immer schon versuchsweise gehortet und künstlich verknappt wurden, um die Preise beim Verkauf in die Höhe zu treiben. Werden die landwirtschaftlichen Produkte aus dem Geltungsbereich des *Essentials Commodities Act* herausgenommen, gibt es gegen Hortung, künstliche Verknappung und Eskalation der Preise keine Handhabe mehr zumindest im Rahmen staatlicher Kontrollsysteme. Nur noch in sehr außergewöhnlichen Umständen kann nach der Änderung des Gesetzes (*Essential Commodities (Amendment) Act 2020*) eine staatliche Regulierung erfolgen. Zu diesen Umständen gehören ein sehr ungewöhnlicher Preisanstieg, Krieg, Hungersnot und schwere Naturkatastrophen. Ansonsten bleibt die Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion, Versorgung, Verteilung und anderes ungebremst dem freien Markt überlassen.<sup>2</sup>



Bildausschnitt vom Protestzug der Farmer/-innen nach Delhi am 26. November 2020.

Bild: Randeep Maddoke, wikimedia (CCO 1.0)

## Befürchtungen der Farmer/-innen

Eine genaue Lektüre des Inhalts dieser Gesetze zeigt, dass die vermeintliche Ausrichtung auf die Interessen der Farmer-Betriebe eine Schutzbehauptung ist. Deutlich hervor tritt hingegen die Stärkung des privaten Sektors in Form von lokalen und ausländischen Händlern im landwirtschaftlichen Sektor und ebenso die Folge, Profit machen zu können. Diese Gesetze erlauben den Händlern, die bei den Produzent(inn)en erworbenen Produkte zwischen den Bundesstaaten hin und her zu verkaufen. Auf subtile Art und Weise fördert dies das Horten aus Profitgründen. Die Landwirte hingegen erhalten nur den im Voraus festgelegten Preis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Sie werden an dem exorbitanten Gewinn, den die Handelsunternehmen erzielen können, nicht beteiligt.

Bislang arbeiten im lokalen Rahmen Ausschüsse zur Vermarktung landwirtschaftlicher Güter (*Agricultural Produce Marketing Committees*, APMC) und ihre traditionellen *Mandis* (lokale Ankaufsstellen für Reis und Weizen).<sup>3</sup> Zu den Ausschüssen und *Mandis* haben die Landwirte direkten Zugang, um

ihre Produkte zu verkaufen und ihre Betriebsmittel zu kaufen. Die Landwirte befürchten unter anderem, dass die neuen Gesetze die bestehenden APMC und *Mandis* absehbar aushebeln werden. Sie sind mit ihrer Furcht nicht allein. Alle Gemeinschaften mit marginalisierter Bevölkerung, die auf die Verteilung von Nahrungsmitteln durch ein öffentliches System (*Public Distribution System*, PDS) angewiesen sind, sorgen sich, ob ihr Nahrungsmittelbedarf garantiert bleibt. Bislang kauft die staatliche *Food Corporation of India* (FCI) während der Erntesaison Nahrungsmittel von den Landwirten auf, lagert und liefert sie zu jeder Jahreszeit, um den Nahrungsmittelbedarf der armen Bevölkerung zu decken.

Ebenso befürchten die Farmer/-innen, dass ihr Farmland von den Händlern entweder ganz oder teilweise gepfändet wird, sollten die bäuerlichen Betriebe die Vereinbarung nicht einhalten können. Im neuen Gesetz steht zwar die Bestimmung, dass die Händler den Farmer(inne)n das Land nicht wegnehmen können, aber sie trauen dieser Zusage nicht. Kommt hinzu, dass ihre bisherige Möglichkeit, im Streitfall vor Gericht zu ziehen, nun nicht mehr gewährt wird. Überdies gehen Regierungsbeamte straffrei aus, wenn sie in

diesem Kontext ihrer Pflicht nachkommen und schlicht bestätigen, im guten Glauben und nicht offen böswillig oder parteiisch agiert zu haben.

## Befürchtungen kleinbäuerlicher Dalit-Familien

Die Mehrheit der Dalits lebt hauptsächlich im ländlichen Indien. Sie leben überwiegend als kleine, marginale Bauern und Bäuerinnen sowie als Landarbeiter/-innen, die für den Eigenverbrauch und den lokalen Markt produzieren. Ihre Situation würde sehr unsicher, sollten die lokalen *Mandis* wegbrechen. Sie haben eigentlich keine Optionen, um bei ihren Produktmengen einen den *Mandis* gleichwertigen Verkauf zu erzielen. Sie sähen sich gezwungen, mit den im Gesetz vorgesehenen Händlern Verträge abzuschließen. Unter den Dalit-Bauern und -Bäuerinnen kann die Mehrheit immer noch kaum lesen und schreiben. Das bedeutet, sie wissen nichts über formalrechtliche Bedingungen, von der Notwendigkeit zukünftiger, fast schon gerichtsfester Vereinbarungen, Bestimmungen, Klauseln und anderes mehr. Kommt es zu Streitigkeiten, wird es für sie schwierig sein, bei den Aufsichtsbehörden oder anderen Beschwerdeinstanzen Gerechtigkeit zu erlangen.

Es ist außerdem zu erwarten, dass das Vertrags- und Händlersystem die großflächige Landwirtschaft fördert und kleine bis kleinste Betriebe ins Hintertreffen geraten. Dalit-Bauern und -Bäuerinnen wären möglicherweise gezwungen, ihr Land an die benachbarten Landbesitzer zu verkaufen. Die Bedrängnis nähme zu, da sie darüber hinaus auf ihre monatliche Ration im Rahmen des PDS angewiesen sind. Sollte auch dieses durch die beförderte Marktwirtschaft ins Rutschen geraten, wäre ihre Ernährungssicherheit verlo-

ren. Als Landarbeiter/-innen sind sie von den Löhnen der dominanten Kaste der Landbesitzer abhängig. Schon jetzt wird ihre Arbeit weder würdig noch angemessen bezahlt. Die Einbindung der Händler wird dort vermutlich zur breiteren Mechanisierung führen – und die Landarbeiter/-innen werden arbeitslos. Kurz gesagt, die Bauern, Bäuerinnen, Landlosen und Landarbeiter/-innen bei den Dalits werden absehbar sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Demgegenüber haben Dalits und ihre Interessenvertretungen von vielen Regierungen gefordert, Landreformgesetze und -maßnahmen umzusetzen, die schon lange auf Eis liegen. Es geht darum, brach liegendes und einer Kommune gehörendes Land zwecks Lebensunterhalt erwerben zu können. Zur Landreform gehört ebenso der Schutz ihrer Pachtrechte. Der Trend der jetzigen Regierung geht in die andere Richtung: die Konsolidierung von marktfähigem Land, die Intensivierung der großflächigen Landwirtschaft mit Mechanisierung und das Eindringen von Händlern. Dies gefährdet das Existenzminimum der Dalits. Sie müssen befürchten, aus der Knechtschaft für die Handels- und Geschäftswelt nicht nur nicht herauszukommen, sondern stattdessen tiefer hineingedrängt zu werden.

### Bis heute Kampf

Die protestierenden Bauern und Bäuerinnen sind [bei Drucklegung dieses Artikels – Anm. d. Red.] nach wie vor nicht bereit, die Gesetzesänderungen hinzunehmen und ihre Proteste einzustellen, bevor diese neuen Gesetze nicht aufgehoben werden. Sie haben eine 10-Punkte-Charta ausgearbeitet, in der sie unter anderem die vollständige Aufhebung der Gesetze, einen Mindestpreis für ihre Produkte, die Umsetzung des Berichts des *Swaminathan-Komitees*<sup>4</sup> und die Rücknahme falscher Anklagen gegen die streikenden Farmer/-innen fordern. Der Protest wird aus anderen Teilen der Union unterstützt, besonders aus den Nachbarstaaten von Delhi. Zu

den Unterstützenden gehören außerdem Menschen- und Bürgerrechtler/-innen und Umweltaktivist(inn)en. Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Australiens, Neuseelands, Kanadas und Italiens haben sich zumindest für eine baldige und friedliche Beilegung des Kampfes der Landwirte ausgesprochen. Dies hat die Unionsregierung allerdings bislang nicht beeindruckt. Es gibt keine Vorhersage, wann dieser Kampf zu einem Ende kommen wird.

Es prallen hier auch zwei Welten aufeinander. Die Gesetze und ihre Verabschiedung folgen der Politik der Neoliberalisierung, die vom Westen vorangetrieben und von verschiedenen Regierungen in Indien „übernommen“ wurde. Besonders die gegenwärtige Regierung hält eine Politik aufrecht, der zufolge Indiens Wirtschaftswachstum hauptsächlich von Investitionen, Geschäften und dem Handel abhängt, die vom indischen Privatsektor und den Unternehmensgiganten getätigt werden. Dies soll nun auf den Agrarsektor ausgeweitet werden. Die „gemischte Wirtschaft“, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit vorgeschlagen wurde, ist nirgendwo in Sicht, und der indische öffentliche Sektor hat seinen Einfluss verloren. Fast alle Bereiche sind in die Hände des indischen Privatsektors oder der multinationalen Konzerne übergegangen oder werden absehbar dort landen.

Allein der Agrarsektor bildete bisher eine gewisse Ausnahme, da hier noch kleinbetriebliche Landwirte tätig sind. Als in den 1970er-Jahren die Grüne Revolution eingeführt wurde, erhoben die Kleinbauern und –bäuerinnen sowie die Landarbeiter, hauptsächlich Dalits, ihre Stimme gegen die zerstörerischen Eigenschaften dieser Revolution. Auch sie propagierte schon eine großflächige Landwirtschaft, Mechanisierung, Verwendung von Hybridsaatgut, chemische Düngemittel, Pestizide und großflächige Bewässerung – damals wie heute unter der Vorherrschaft der höherkastigen Grundbesitzer. Auch heute sind wieder Bauern, Bäuerinnen

und Landarbeiter/-innen auf der Straße, um ihr Land, ihren Lebensunterhalt und ihre Würde zu verteidigen. Uns, den Dalit-Bauern und –bäuerinnen geht es nicht nur um die „Ernährungssicherheit“, sondern um die „Ernährungssouveränität“ aller.

Ich folge dem Leitspruch: „Land ist ein gottgegebenes Geschenk an die gesamte Menschheit und an alle Lebewesen; und niemand hat das Recht, es zu besitzen, anzuhäufen und für seine persönliche Gier zu nutzen!“

*Aus dem Englischlen übersetzt  
von Theodor Rathgeber*

### Zum Autor



Vincent Manoharan ist Vorsitzender der *National Federation of Dalit Land Rights Movements India* (NF-DLRM)

### Endnoten

- <sup>1</sup> *The Farmers (Empowerment & Protection) Agreement on Price Assurance and Farm Services Act 2020, The Farmers Produce Trade and Commerce (Promotion & Facilitation) Act 2020, The Essential Commodities (Amendment) Act 2020.*
- <sup>2</sup> *The Indian Express*, Redefining essential items: Why it was needed, and who it will impact, vom 19. März 2021 – Anm. d. Red.
- <sup>3</sup> Eine Art staatlich-genossenschaftliches System – Anm. d. Red.
- <sup>4</sup> Die 2004 eingesetzte *Swaminathan-Kommission* hat fünf Berichte mit Empfehlungen zur Linderung der Not der Landwirte vorgelegt und einen Rahmen für ein nachhaltiges und gleichzeitig profitables Agrarsystem geschaffen. Der fünfte und letzte, fast 300 Seiten umfassende Bericht behandelte zahlreiche Themen zu Reformen bei Land, Bewässerung, Produktionswachstum, Ernährungssicherheit, Kredit- und Versicherungsmöglichkeiten sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Selbsttötungen unter Farmern. Mehr Details unter <https://www.theleaflet.in/what-does-the-ms-swaminathan-report-say-about-reforms-proposed-by-farm-laws/#> Anm. d. Red.